

WA8 Rückbau AKWs

Antragsteller*in: Jürgen Janssen (Wesermarsch KV)
Tagesordnungspunkt: 15. weitere Anträge

1 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert folgende Änderungen beim Rückbau von
2 AKWs:

3 • **Transparenz schaffen**

4 Die örtliche Bevölkerung und die örtlichen Bürgerinitiativen werden bei dem
5 Rückbau der Atomkraftwerke beteiligt. Dies geschieht z. B. durch die Einrichtung
6 von runden Tischen.

7 • **Kein radioaktives Material auf Hausmülldeponien**

8 Zum Schutz von Mensch und Umwelt darf physikalisches radioaktives Material nicht
9 aus der atomrechtlichen Überwachung entlassen werden. Das bedeutet, dass
10 sogenanntes freigemessenes radioaktives Material nicht auf Hausmülldeponien
11 gelagert werden darf. Hierzu gehört auch eine Verabschiedung vom sogenannten 10-
12 Mikrosievert-Konzept.

13 • **Alternative Konzepte prüfen**

14 Alternative Lagerungskonzepte für gering radioaktive Abfälle wie z. B. die
15 Lagerung im entkernten AKW-Gebäude, eines Einschlusses in robusten Bunker
16 ähnlichen Bauwerken oder in einem zentralen Lager müssen ernsthaft geprüft
17 werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Schaffung eines solchen
18 zentralen Lagers zu realisieren.

Begründung

Es gibt keine gute Lösung für eine falsche Sache. Für den Umgang mit radioaktiven Abfällen kann der Anspruch daher nur lauten, die beste aller schlechten Lösungen zu finden. Hierzu gehört eine umfassende Information und Beteiligung der Bevölkerung. Das bedeutet, dass die unterschiedlichen Positionen zur Kenntnis gebracht und gegenüber gestellt werden. Das große Wissen, das sich die Bürgerinitiativen erworben haben, muss dabei eine Rolle spielen.

Der Atomausstieg in Deutschland hat seine Schattenseiten. Bereits 22 AKWs werden derzeit stillgelegt und sollen abgerissen werden. Zurück bleibt ein großer Müllberg. Nur 1 – 3% des Inventars sollen in Lager für hoch- sowie schwach- und mittelradioaktive Abfälle untergebracht werden, bis ein Endlager zur Verfügung steht. 97 – 99% dagegen landen im Wertstoffkreislauf, in der Müllverbrennung und auf Bauschutt- oder Hausmülldeponien im ganzen Land.

Atommüll muss Atommüll bleiben und darf nicht als Hausmüll deklariert für eine Verteilung von Radioaktivität in der gesamten Republik sorgen.

Unterstützer*innen

Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Volker Dietrich (Wesermarsch KV); Gudrun Göhr-Weber (Wesermarsch KV); Ina Korter (Wesermarsch KV); Susanne Menge (Oldenburg-Stadt KV); Dragos Pancescu (Wesermarsch KV); Edeteilen Grambart (Ammerland KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Rita Schilling (Oldenburg-Stadt KV); Birgit Kemmer (Emsland-Süd KV); Sigrid Busch (Friesland KV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Filiz Polat (Osnabrück-Land KV); Rainer Nölken (Wittmund KV); Hans-Joachim Janßen (Wesermarsch KV); Ulrich Maria van Triel (Wesermarsch KV); Katja Keul (Nienburg KV); Kerstin Enzensperger-vanTriel (Wesermarsch KV); Sabine Ecker (Wesermarsch KV)